

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Weihnachtsgeld - Stahlkreise -
Evidenzzentrale - Protektionismus - US-Sanktionen**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1982) : Kurz kommentiert: Weihnachtsgeld - Stahlkreise - Evidenzzentrale - Protektionismus - US-Sanktionen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 11, pp. 525-526

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135735>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Weihnachtsgeld

Späths Sparpläne

Die baden-württembergische Landesregierung hat vorgeschlagen, das Beamtenbesoldungsgesetz so zu ändern, daß die Länder Zuständigkeiten bei der Festsetzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes erhalten. Hintergrund dieser Absicht: Ministerpräsident Lothar Späth hat sich vorgenommen, bis 1990 eine Milliarde Mark bei den Personalkosten einzusparen. Nach geltendem Recht kann er dies nur durch einen Personalabbau erreichen, und zwar um etwa 8 % bzw. 16 000 Stellen. Aus beschäftigungspolitischen Gründen erscheint es ihm jedoch vernünftiger, wenn die im öffentlichen Dienst ohne Arbeitsplatzrisiko Beschäftigten zur Finanzierung von Stellen durch Einkommensverzicht beitragen.

Späth denkt dabei vor allem an eine Halbierung des im öffentlichen Dienst als „Weihnachtsgeld“ bezeichneten 13. Gehaltes. Dieses ist per Gesetz allerdings nur bei den Beamten möglich, die Angestellten und Arbeiter unterliegen dem Tarifrecht. Damit wird also eine Spaltung der Besoldungs- und Tarifbedingungen einkalkuliert. Denkbar ist aber auch, daß durch diese Initiative zusätzlicher Druck auf die bevorstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst ausgeübt werden soll, hier gleiches zu tun.

Doch es stellt sich die Frage, ob nicht Späths Formel „Einkommensverzicht statt Stellenabbau“ eine Scheinalternative ist. Baden-Württemberg dürfte das einzige Bundesland sein, das die kürzlich ermittelten neuen konjunkturbedingten Steuerausfälle ohne zusätzliche Neuverschuldung, sondern allein durch Ausgabenkürzungen ausgleichen will. Dies verstößt so eklatant gegen anerkannte konjunktur- und finanzpolitische Prinzipien, daß sich auch angebotsorientierte Konjunkturbeobachter die Frage stellen werden, ob bei diesen prozyklischen Sparplänen nicht Brüning Pate gestanden hat.

sf

Stahlkrise

Düstere Aussichten

Die Stahlkrise beginnt nun auch die öffentlichen Kassen in der Bundesrepublik in einem erheblichen Maße unmittelbar zu belasten, wie der Fall der Arbed Saarstahl zeigt. Die Bürgschaften, die diesem Unternehmen seit 1978 in Milliardenhöhe gewährt worden sind, müssen praktisch als verloren angesehen werden. Außerdem stehen weitere Finanzspritzen ins Haus, um die

Gesellschaft vor dem Konkurs und damit das gesamte Saarland vor einem wirtschaftlichen Kollaps zu bewahren.

Saarstahl dürfe aber kein Berufungsfall für andere Stahlstandorte werden, hat Wirtschaftsminister Lambsdorff in der Stahldebatte des Bundestages vorsorglich erklärt. Ob dieser gute Vorsatz auch gehalten werden kann, mag jedoch bezweifelt werden. Denn die Zukunftsaussichten der Stahlindustrie sind düster. Die Inlandsnachfrage nach Stahl, die sich im Gegensatz zu früher noch erheblich langsamer als das BSP entwickeln wird, kann nicht durch Exportsteigerungen ausgeglichen werden. Die Festschreibung der nationalen Produktionsanteile in der EG, das soeben abgeschlossene Selbstbeschränkungsabkommen der Gemeinschaft mit den USA und der in den 70er Jahren erfolgte und zum Teil noch anhaltende stürmische Auf- und Ausbau der Stahlkapazitäten in den Ostblockstaaten und Schwelienländern lassen kaum einen anderen Schluß zu.

Die Stahlindustrie wird den bevorstehenden Schrumpfungsprozeß kaum aus eigener Kraft bewältigen können. Der Staat wird vor allem dabei helfen müssen, den sozialen Sprengstoff zu entschärfen, der durch die unvermeidlichen Entlassungen verursacht wird. Gleichzeitig kommt es darauf an, die EG-Partner für eine konstruktive Stahlpolitik zu gewinnen. Die Vorstellungen der Kommission, die sich mit den Begriffen Modernisierung, Umstrukturierung und Kapazitätsabbau umschreiben lassen, bieten dafür eine gute Ausgangsbasis. An der nötigen Durchsetzungskraft hat es bisher allerdings gefehlt.

ko

Evidenzzentrale

Verfrühte Hoffnungen?

Von schweren Sorgen aufgrund potentieller Kreditausfälle im Lateinamerikageschäft gedrückt, riefen die am stärksten betroffenen amerikanischen Banken zur internationalen Solidarität. Eine Reihe europäischer und japanischer Banken folgten diesem Ruf und fanden sich in New York zur Gründung einer Art internationaler „Evidenzzentrale“ zusammen. Ziel dieser Gründung ist die Verbesserung der Beurteilungsmöglichkeiten von Länderrisiken durch Informationsammlung und -austausch. Daraus soll sich dann ein abgerundetes Bild über die wirtschaftliche Lage und den zukünftigen Kreditbedarf der jeweiligen Länder ergeben. Wenngleich dieses Ziel ökonomisch etwas zu ehrgeizig anmutet, so läßt jedoch die Tatsache, daß Vertreter des IWF und der Weltbank an der New Yorker „Gründungsversamm-

lung" teilnehmen, den Beobachter aufhorchen. Keimt hier das erste „zarte Pflänzchen“ einer für alle Teile fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den internationalen Banken, dem IWF und der Weltbank?

Mehr als vorsichtiger Optimismus scheint jedoch nicht angebracht zu sein. Verlautbarungen beteiligter „Banker“ betonten eindringlich, daß die „Evidenzzentrale“ die eigene Verantwortung der Banken bei der Kreditvergabe nicht einschränken soll. Von einer verantwortlichen Zusammenarbeit mit dem IWF und der Weltbank war bislang jedoch kein Wort zu vernehmen. Es drängt sich der Verdacht auf, daß sich die internationalen Banken solange nicht von den internationalen Institutionen in die Karten gucken lassen wollen, solange noch die Hoffnung besteht, die internationale Finanzkrise im eigenen „Club“ lösen zu können. Ist das Kind aber erst einmal in den Brunnen gefallen, wird man auf den Hilferuf nach dem IWF sicher nicht lange warten müssen.

ww

Protektionismus

Handelspolitik auf französisch

In Poitiers, wo einst Karl Martell die Araber besiegte, ist jetzt Michel Jobert, der französische Außenhandelsminister, zum Kampf gegen japanische Videorecorder angetreten. Diese können in Zukunft nur noch durch einen schmalen Engpaß – die Zollstelle Poitiers liegt abseits der großen Handelsstraßen, ist mit lediglich vier Zöllnern besetzt und nicht mit einer Datenverarbeitungsanlage ausgerüstet – nach Frankreich gelangen, was eine erhebliche Zusatzbelastung mit Transport- und Lagerkosten bedeutet. Daneben sind weitere Einfuhrbeschränkungen beschlossen bzw. angekündigt worden. So müssen ausländische Anbieter nunmehr auf allen nach Frankreich gelieferten Waren den Ursprung kennzeichnen. Die Zollabfertigungspapiere sind fortan in französischer Sprache abzufassen. Die Einfuhrüberwachung soll verschärft werden. Gleichzeitig wird der Export verstärkt gefördert.

Die neuen Vorstöße aus Paris kommen nicht überraschend. Verwundern kann es auch nicht, wenn der Forschungsminister des Landes dazu ungerührt erklärt: Wir sind sehr liberal. Denn daß die französische Regierung höchst eigene Vorstellungen von einer liberalen Handelsordnung hat und den wachsenden Defiziten im Außenhandel – in diesem Jahr wird mit einem Minus in Höhe von nahezu 15 Mrd. \$ gerechnet – nicht in handelspolitischer Untätigkeit zusehen und die Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts dem Wechselkursmechanismus bzw. Leitkursanpassungen

im EWS überlassen würde, ist spätestens seit dem im Frühjahr verkündeten Programm zur Rückeroberung der Binnenmärkte bekannt. Somit bleibt nur zu hoffen, daß die „liberalen“ EG-Staaten nicht auf den Kurs der französischen Handelspolitik einschwenken, um so Gefahren für den innergemeinschaftlichen Handel abzuwenden und die gemeinsame Handelspolitik der EG zu retten, oder auch weil man sich hinter dem Pariser Protektionismus gut verstecken kann. Der Preis dafür wäre zu hoch.

gk

US-Sanktionen

Vor der Aufhebung?

Reagans Bemühungen, noch vor den amerikanischen Zwischenwahlen am 2. November einen Kompromiß mit den europäischen Regierungen in der Frage der Sanktionen gegenüber der Sowjetunion zu erreichen, sind gescheitert. Seine Bereitschaft, die einseitigen US-Sanktionen aufzuheben und durch eine gemeinsame westliche Front abzulösen, dürfte dabei weniger das Ergebnis des hartnäckigen Widerstandes der Europäer gegen Sanktionen als vielmehr des wachsenden Unmuts auch innerhalb der Vereinigten Staaten sein. Allerdings bleibt die Frage, ob sich ein gemeinsamer Nenner für eine gemeinsame westliche Strategie überhaupt finden läßt.

Von den Europäern fordert Reagan als Gegenleistung für die Aufhebung der Sanktionen neben einer Verschärfung der Kreditvergabebestimmungen deutliche Begrenzungen ihrer Technologieexporte und eine Limitierung von Energieimporten, während er selbst sich in bezug auf das wichtigste amerikanische Exportprodukt in die UdSSR, das Getreide, keinen Beschränkungen unterwerfen will. Die amerikanische Getreideoffensive wird damit gerechtfertigt, daß der Getreidehandel wertvolle Devisen aus der UdSSR abzöge, während sowjetische Gaslieferungen nach Westeuropa der Sowjetunion zu Deviseneinnahmen verhelfen; diese wiederum würden den sowjetischen Spielraum für Technologieimporte aus dem Westen erhöhen und damit letztlich der Rüstung dienen. Reagan übersieht dabei geflissentlich, daß die sowjetischen Überschüsse im Handel mit Westeuropa auch künftig im wesentlichen zur Finanzierung der Getreideeinfuhren aus den USA verwendet werden dürften, die gegenwärtig für die UdSSR hohe Priorität besitzen. So interessiert die Europäer an einer Aufhebung der Sanktionen sind, so werden sie doch die vorrangig amerikanischen Interessen dienenden „Kompromißvorschläge“ Reagans nicht ohne weiteres akzeptieren.

pp